

Mainzer Ethikrunde



VRVG Elisabeth Faber-Kleinknecht, für die Mainzer Ethikrunde

I. Richterliche Ethik – wer braucht denn so was?

Diese Frage haben wir – die Mainzer Ethikrunde – uns gestellt und bei mehreren Treffen aus verschiedenen Blickwinkeln lebhaft diskutiert. Hier unsere Antwort:

Wir Richterinnen und Richter sind mit großer Macht

ausgestattet und unterliegen nur einer eingeschränkten Kontrolle. Gerade wir brauchen ethische Grundsätze, von denen wir uns leiten lassen und die uns Orientierung für gutes und schlechtes Handeln bieten. An diesen Grundsätzen lassen wir uns messen, ohne dass sie Grundlage und Maßstab für Maßnahmen der Dienstaufsicht werden dürfen.

II. Richterliche Ethik – das heißt für uns:

1. Der Mensch im Mittelpunkt

Jedes richterliche Handeln greift in das Leben von Menschen ein. Es ist unsere Aufgabe, die Menschen zu achten und ihre Rechte zu wahren.

2. Dem Recht verpflichtet

Uns ist die rechtsprechende Gewalt anvertraut, damit wir nicht nur die Gesetze, sondern Recht und Gesetz durchsetzen. Das bedeutet: Wir sind an die Werteordnung des Grundgesetzes gebunden. Wir streben nach Wahrheit und Gerechtigkeit.

3. Unabhängigkeit leben

Die richterliche Unabhängigkeit dient dem Schutz des Rechts. Sie ist kein Privileg, sondern Verpflichtung. Wir wehren uns gegen Angriffe auf unsere äußere Unabhängigkeit. Wir sind wachsam gegenüber allem, was unsere innere Unabhängigkeit gefährden kann.

4. Dem Rechtsfrieden dienen

Eine richtige Entscheidung alleine schafft oft noch keinen Rechtsfrieden. Wir führen unsere Verfahren fair und transparent. Wir begegnen Menschen unvoreingenommen und mit Respekt. Wir hören ihnen zu und nehmen sie ernst.

Zugleich achten wir auf Unparteilichkeit und professionelle Distanz. Soweit möglich, fördern wir einvernehmliche Lösungen. Unsere Entscheidungen begründen wir verständlich und nachvollziehbar.

5. Kollegialität bewusst gestalten

Wir begegnen unseren richterlichen und nicht-richterlichen Kolleginnen und Kollegen offen und zugewandt. Wir finden Zeit für sie. Wir nehmen sie unabhängig von ihrer Funktion wahr und bringen gegenüber allen Respekt und Wertschätzung zum Ausdruck. Der Austausch von Erfahrungen und Meinungen ist uns wichtig. Meinungsverschiedenheiten klären wir fair und sachlich; Emotionen sind uns nicht gleichgültig.

6. Der kritische Blick auf uns selbst

Wir sind uns unserer menschlichen und fachlichen Grenzen bewusst. Wir überprüfen unser Handeln und nehmen Kritik ernst. Wir sind für Veränderungen offen und erweitern unsere Kenntnisse und Fähigkeiten, auch durch Fortbildung.

7. Den Nachwuchs fördern und fordern

Wir bilden unsere Referendarinnen und Referendare gut aus. Den Proberichterinnen und -richtern schaffen wir die Freiräume, die sie brauchen und die sie nutzen sollen, um sich zu selbstbestimmten, engagierten und verantwortlich handelnden Richterinnen und Richtern zu entwickeln. Wir bieten ihnen Hilfe und Unterstützung an.

8. An der Justizverwaltung mitwirken

Aufgabe der Justizverwaltung ist es, die richterliche Unabhängigkeit zu gewährleisten und die notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Wir wirken an der Gestaltung unserer Arbeitsbedingungen aktiv mit. Wir äußern offen unsere Kritik und unsere Vorstellungen. Eine gute Justizverwaltung lebt von der engagierten Mitarbeit von Richterinnen und Richtern.

9. Angemessenes Verhalten in der Öffentlichkeit

Unser persönliches Auftreten in Beruf und im Privatleben beeinflusst das Bild der Menschen von der Justiz. Wir verhalten uns deshalb so, dass unser Auftreten nicht unsere Aufgabe in Frage stellt, verantwortlich und unabhängig für Recht und Gesetz einzutreten. Dies gilt auch für unser gesellschaftliches und politisches Engagement.

10. *Mit den Medien verantwortlich umgehen*

Die Öffentlichkeit hat einen Anspruch auf Information durch die Medien. Wir wahren im Umgang mit ihnen die Rechte und Interessen der Verfahrensbeteiligten und profilieren uns nicht selbst. Wir sind uns der Beeinflussbarkeit unserer Arbeit durch die Medien bewusst und achten daher besonders auf unsere Unabhängigkeit.

III. Bericht zur Entwicklung des Ethikpapiers der Mainzer Ethik-Runde

Seit dem Jahr 2002 gibt es weltweit eine breite Diskussion zur Frage richterlicher Ethik und zum richterlichen Ethos. Im Frühjahr 2008 hat sich in Rheinland-Pfalz ein Kreis zusammen gefunden, um eine Erklärung zur richterlichen Ethik zu erarbeiten. Diese Arbeitsgruppe setzte sich aus Richterinnen und Richtern aus unterschiedlichen Gerichtszweigen und Instanzen sowie Staatsanwälten und zwei Mitgliedern des rheinland-pfälzischen Ministeriums der Justiz zusammen. Die Mainzer Ethikrunde hat in dieser Besetzung das abgedruckte Ethikpapier entwickelt. Dabei handelt es sich um das Ergebnis vielen Lesens, Abwägens und leidenschaftlicher Diskussionen sowie immer neuer Formulierungen.

Nach dem Verständnis der Mainzer Ethikrunde kann der so entstandene Katalog ethischer Werte, nachdem er sowohl in der Richterschaft als auch in der Öffentlichkeit diskutiert und anerkannt worden ist, helfen, ein intensives Bewusstsein dafür zu schaffen, an welchen Prinzipien Richterinnen und Richter ihr berufliches sowie privates Handeln ausrichten sollen. Zudem sollen die zusammengestellten Maximen auch dazu dienen, frühzeitig zu erkennen und zu benennen, welche Gefährdungen für die Gewähr einer rechtsstaatlichen Justiz bestehen können.

Ethische Prinzipien können dabei nur einen hohen Standard beschreiben, nach dem Richterinnen und Richter streben sollen. Sie stellen aber keine Auflistung verbotenen oder erlaubten Verhaltens oder gar einen Maßstab für richterliches Fehlverhalten oder die Grundlage disziplinarischer Maßnahmen dar. Ihre Anwendung hat stets in Einklang mit der richterlichen Unabhängigkeit und dem geltenden Recht zu geschehen. Die erarbeiteten Maximen sind nicht abschließend und sollen den Richterinnen und Richtern bei den vielfachen ethischen Aspekten ihrer täglichen Arbeit lediglich eine Hilfe sein sowie dazu beitragen, in der Öffentlichkeit und unter den Beteiligten die beson-

dere Rolle der Richterinnen und Richter besser zu verstehen.

Im Verlauf der Erarbeitung des Papiers zur richterlichen Ethik hat die Mainzer Ethikrunde erkannt, dass zwar zwischen der richterlichen und der staatsanwaltschaftlichen Ethik viel Gemeinsamkeiten bestehen, jedoch wurde das ursprüngliche Vorhaben, ein gemeinsames Ethikpapier zu erstellen, im Laufe der Diskussion aufgegeben. In manchen Punkten haben sich nämlich deutliche Unterschiede herausgestellt, so unter anderem in den Fragen der richterlichen Unabhängigkeit und der erforderlichen Transparenz gerichtlicher Verfahren einerseits und staatsanwaltschaftlicher Verfahren andererseits, um nur zwei der nicht deckungsgleichen Bereiche zu benennen.

Gleichwohl war gerade die staatsanwaltliche Sicht besonders geeignet, den Blick auf das richterliche Ethos zu schärfen. Von der Beteiligung anderer Berufsgruppen und Rechtsunterworfener hat die Mainzer Ethikrunde jedoch abgesehen, um so gezielt den Blick aus der Richterschaft auf das richterliche Handeln zu fördern. Die Mainzer Ethikrunde hat sich ferner mit der Entwicklung der richterlichen Ethik in anderen Ländern befasst, so zum Beispiel in Kanada, England, Italien und Ungarn.

Maßgebliche Richtschnur für das entwickelte Ethikpapier der Mainzer Ethikrunde waren die in den Verfassungen und die in den Gesetzen enthaltenen Werte unserer Gesellschaft, die dazu verpflichten, das Recht nach bestem Wissen und Gewissen anzuwenden. Diese Freiheit ist kein Privileg für die Richterschaft, sondern dient dem Recht eines jeden Menschen auf eine unabhängige und unparteiliche Justiz, die die Gleichheit vor Gericht und ein faires Verfahren garantiert.

Die Mainzer Ethikrunde war sich der Probleme bewusst, die der Versuch einer Kodifizierung der richterlichen Ethik mit sich bringt. Dennoch hat sie sich entschlossen, die aus ihrer Sicht wichtigsten ethischen Grundsätze richterlichen Verhaltens zu formulieren. Die erarbeiteten Grundsätze der richterlichen Ethik wurden von den Mitwirkenden der Mainzer Ethikrunde aus Fällen entwickelt, die sich tatsächlich ereignet haben und insbesondere aus Fragen, die sich mit sittlich-moralischen Grundsätzen und deren Wandel, menschlichem Verhalten im Richteramt sowie der Entwicklung unseres Rechtsstaats befassen.

Die Mainzer Ethikrunde bittet die Leser um Stellungnahme. Zur Anregung meiner Ansichten.

IV. Gedanken zur richterlichen Ethik

Neutralität gegenüber den Rechtsuchenden verpflichtet auch zur Neutralität gegenüber der eigenen persönlichen Entwicklung des Richters, z.B. durch seine religiösen, weltanschaulichen oder politischen Wertprägungen.

Respekt vor den Beteiligten bedeutet, dass auch Uneinsichtige Anspruch auf einen fairen und ihre Persönlichkeit achtenden Prozess haben.

Fairness erfordert einen fairen Verfahrensgang aus Sicht der Beteiligten, auch wenn die Sache entscheidungsreif zu sein scheint. Bei der Vertreibung aus dem Paradies kannte Gott alle Fakten und inneren Wünsche, gewährte aber rechtliches Gehör. Richter sind keine Götter und deshalb um so mehr der Fairness verpflichtet.

Zuwendung, Verständnis sind grundsätzlich und nicht nur bei einem Machtgefälle der Beteiligten für die Rechtsfindung von besonderer Bedeutung, um den Anspruch auf Chancengleichheit zu verwirklichen.

Tatsächliches Gehör setzt voraus, dass das Gericht Fragen stellt, um zu hören.

Unabhängigkeit ist kein Freibrief, sondern erfordert auch innere Unabhängigkeit, um die eigene Subjektivität zu erkennen und sich unzulässiger Einflüsse zu erwehren (Karrierestreben, persönliche Bindungen u.a.).

Professionelle Distanz hilft, die richterliche Neutralität zu wahren, unter gleichzeitigem Versuch, die Beteiligten wahrhaft zu verstehen und die Sach- und Rechtslage aufzuklären.

Fürsorge ist ein Fundament der Rechtspflege, verpflichtet aber, die Willensentscheidung der Rechtssuchenden anzuerkennen.

Die erforderliche **Transparenz der Verfahren** richtet sich nach dem Horizont der Rechtsverpflichteten und nicht nach der Logik des Richters. Er ist verpflichtet, Angaben zu seiner Person offenzulegen, wenn dies aus Sicht der Beteiligten von Relevanz sein kann.

Offenheit verpflichtet das Gericht, sich auf unterschiedliche Betrachtungen einzulassen und sie zu erforschen; das bedeutet, neugierig die rechtlich maßgeblichen Umstände zur Kenntnis zu nehmen.

Verständlichkeit des Verfahrens, der Prozessabläufe und der Entscheidungen sind für die Beteiligten unabdingbar, da Rechtsprechung kein Selbstzweck ist, sondern den Menschen im demokratischen Staat dient.

Formale Leitungsverantwortung ist unerlässlich, aber ihre konkrete Ausgestaltung und die Auswirkung auf die Beteiligten erfordern ständige Reflexion.

Die **Autorität des Gerichts** ist zu wahren. Sie hat der Gerechtigkeit zu dienen und nicht allein der schnellen Erledigung oder dem persönlichen Prestige.

Die Wahrung der **Würde des Gerichts** ist einzufordern und vorzuleben.

Entscheidungsverantwortung trägt jeder hierzu Berufene, auch wenn mangels Beweisbarkeit oder wegen einer Mehrheitsentscheidung im Kollegialgericht die Entscheidung nicht der eigenen Überzeugung entspricht. Den Anspruch »Im Namen des Volkes« hat jeder Richter zu beantworten.

Der **rechte Augenblick** der Entscheidung ist zu bedenken, da durch Zeitablauf eine gerechte Entscheidung ins Gegenteil verkehrt werden und andererseits Voreiligkeit Unrecht bewirken kann.

Die **Möglichkeit eines richterlichen Machtmissbrauchs** durch Druck auf die Betroffenen oder in anderer Weise darf kein Richter von sich weisen, sondern muss sie aus Sicht der Beteiligten erspüren. Der Zweck heiligt nicht die Mittel.

Die **notwendige Fachkompetenz** erfordert eine unerlässliche Anstrengung, ersetzt aber nicht die soziale Kompetenz.

Loyalität gegenüber dem Recht kann zur Gerechtigkeit im Einzelfall in Widerspruch stehen.

Richterliche Fortbildung ist Verpflichtung immer und für jeden Richter, denn Recht entwickelt sich mit der Gesellschaft und ihrem Fortschritt.